

Ukraine – Trump hat sich selbst in die Ecke gedrängt

Er hat nun fünfzig Tage Zeit, um eine Einigung über die ukrainische Neutralität zu erzielen.

16. Juli 2025 | Ian Proud

Ein Jahr nach seiner Zusage, den Krieg in der Ukraine an einem Tag zu beenden, und gerade einmal sechs Monate nach Beginn seiner Präsidentschaft hat Donald Trump den Friedensprozess um fünfzig Tage verschoben. Das Ultimatum an Präsident Putin, Frieden zu schließen oder Sanktionen zu verhängen, hat praktisch keine Chance, die russischen Ziele in der Ukraine zu ändern. In die Enge getrieben, könnte Trump endlich gezwungen sein, auf die grundlegenden Bedenken Russlands einzugehen.

In einer am 14. Juli im Fernsehen übertragenen Äußerung während seines Treffens mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte sagte Präsident Trump: „Wenn wir nicht innerhalb von fünfzig Tagen ein [Friedens-]Abkommen haben, werden wir sehr strenge Zölle erheben, Zölle in Höhe von etwa hundert Prozent, man könnte sie als Sekundärzölle bezeichnen.“

Wie schon 2017 sieht sich Trump auch jetzt durch Washingtons Politik eingeengt und nicht in der Lage, die Beziehungen zwischen den USA und Russland wiederherzustellen, was er instinktiv zu wollen scheint.

Das Gesetz „Sanctioning Russia Act of 2025“ würde sogenannte sekundäre Sanktionen gegen Russland einführen, indem es Länder wie China und Indien, die unter anderem russische Energie importieren, mit hohen Zöllen von bis zu 500 Prozent belegt. Die US-Politiker wollen Trump unter Druck setzen, damit er Präsident Putin durch die Hintertür zum Einlenken in der Ukraine zwingt. Aber hier gibt es ein Gefühl von Déjà-vu.

Der 2017 verabschiedete Countering American Adversaries Through Sanctions Act, der am 2. August 2017 in Kraft trat, hatte keine Auswirkungen auf die russische Politik gegenüber der Ukraine, führte aber zu einem massiven Einbruch der Beziehungen zwischen den USA und Russland. Am deutlichsten wurde dies durch die Entscheidung, den Personalbestand der US-Diplomaten in Russland um 755 Mitarbeiter zu kürzen, was unter anderem bedeutet, dass es heute für einen russischen Bürger praktisch unmöglich ist, ein US-Visum in Russland selbst zu beantragen; die US-Botschaft hat einfach nicht genug Personal.

Um eine Wiederholung des Jahres 2017 zu vermeiden, scheint sich Trump in Washington fünfzig Tage Zeit zu verschaffen, um Frieden in der Ukraine zu erreichen, bevor er vom Senat gezwungen wird, sekundäre Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Bei der Ankündigung vom 14. Juli ging es also mehr um die Innenpolitik der USA als um die Außenpolitik.

Was Trump jedoch tatsächlich getan hat, ist, Russland ein klares Ultimatum für ein Friedensabkommen mit der Ukraine zu stellen, ohne sich klar dazu zu verpflichten, die spezifischen Forderungen

Russlands zu erfüllen, wobei die wichtigste Forderung die Neutralität der Ukraine und der Verzicht auf ihre NATO-Bestrebungen ist.

Als Ultimatum wird dies nicht funktionieren, denn die zusätzliche militärische Unterstützung, die die USA der Ukraine jetzt anbieten und die von den europäischen NATO-Verbündeten bezahlt wird, wird nicht ausreichen, um das militärische Gleichgewicht zu Gunsten der Ukraine zu verändern.

Zusätzliche Patriot-Raketen und Abfangjäger könnten die Gesamtauswirkungen der russischen Drohnen- und Raketenangriffe auf ukrainische Städte durchaus verringern. Die militärischen Fakten vor Ort zeigen jedoch, dass Russland weiter auf dem Vormarsch ist. An mehreren Punkten entlang der Frontlinie, in der Gegend von Pokrowsk und Kupiansk, in Richtung Konstantyniwka und Siversk, hat Russland in jüngster Zeit – gemessen an den langsamen Zermürbungsstandards dieses Krieges – erhebliche Gewinne erzielt.

Wie der britische *Guardian* berichtet, haben sich sogar einige ukrainische Politiker und Blogger dahingehend geäußert, dass fünfzig Tage Russland lediglich die Möglichkeit geben würden, weiteres ukrainisches Land zu besetzen. Das Interessanteste an diesem Bericht ist die Enthüllung, dass ein britisches Mainstream-Medium über oppositionelle Ansichten aus der Ukraine berichtet und nicht über das Narrativ von Zelenskys Propagandamaschine.

Fünfzig Tage begünstigen also eher Russland als die Ukraine, und zwar militärisch.

Und die so genannten Sekundärzölle sind für Russland nur zweitrangig. Für Länder wie China wären sie echte Zölle, die chinesische Waren und Waren aus anderen betroffenen Ländern zusätzlich zu den bestehenden Sätzen mit 100 Prozent besteuern würden.

Als die USA das letzte Mal Zölle auf China in Höhe von 145 Prozent erhoben, war Trump jedoch schnell gezwungen, einen Rückzieher zu machen, da China seine Zölle auf US-Waren einfach um den gleichen Prozentsatz erhöhte. Wenn Trump glaubt, dass China dies nicht wieder tun würde, dann fürchte ich, dass er sich täuscht.

Selbst für den (offen gesagt) unwahrscheinlichen Fall, dass China auf die „sekundären“ Zölle nicht in gleicher Weise reagieren würde, ist bei weitem nicht klar, wie Präsident Xi Jinping Präsident Putin dazu zwingen könnte, seine Kriegsziele in der Ukraine zu ändern, ohne selbst in China sein Gesicht zu verlieren, was für ihn politisch schädlich wäre.

Womit wir wieder bei Trumps Ultimatum wären. Einem Kommentator zufolge ist es ihm gelungen, „sich im Oval Office in eine Ecke zu drängen“, was nicht einfach ist.

Die Chancen, dass Präsident Putin ohne Zugeständnisse seitens der Ukraine oder ihrer europäischen Sponsoren einlenkt, sind so gering, dass sie fast nicht vorhanden sind.

Donald Trump, der anscheinend Marco Rubio und Keith Kellogg mit der Lösung des Ukraine-Krieges beauftragt hat (wohin ist Steve Witkoff verschwunden?), könnte nun gezwungen sein, mehr persönliche Zeit in die Beendigung des Krieges zu investieren.

Ja, er hat direkte Gespräche mit Präsident Putin geführt, was in einem von Diplomatie geprägten Krieg sehr zu begrüßen ist. Sein eigentliches Problem ist jedoch seine Unfähigkeit, die Ukraine und

ihre europäischen Sponsoren zu ermutigen, auf die grundlegenden Bedenken Russlands in Bezug auf den Krieg einzugehen.

Die größte Sorge ist und war immer die, dass die Ukraine sich neutral verhalten und ihr Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft aufgeben muss. In Kiew, Brüssel, Berlin oder London gibt es keinerlei Anzeichen für einen Kompromiss in dieser wichtigen Frage.

Der Ukraine mehr Waffen anzubieten, wie gut gemeint es auch sein mag, wird Zelensky, Mark Rutte, Ursula von der Leyen, Friedrich Merz und Keir Starmer nur in ihrer Ansicht bestärken, dass die NATO-Bestrebungen der Ukraine nach wie vor lebendig sind. Und leider wird Russland seine Waffen nicht schweigen lassen, bevor nicht zumindest eine Einigung über die ukrainische Neutralität erzielt wurde.

Damit bleibt Trump nur noch ein Ausweg. Er muss jetzt persönlich Zeit investieren, um die Ukraine und Europa zu drängen, die Neutralität der Ukraine als Teil eines Waffenstillstandsabkommens und eines längerfristigen Friedensprozesses zu akzeptieren. Wenn er das nicht tut, könnte die Politik in Washington DC ihn dazu zwingen, Zölle gegen China zu verhängen, was vor allem den Amerikanern und seinem Ruf schaden würde.